

Preis der Einzelnummer 5 Grusch
Bezugspreis
Inland: 1 Monat 1.75 T. Pfd., 3 Monate 4.75 T. Pfd., 6 Monate 8.00 T. Pfd., 12 Monate 15.00 T. Pfd. Ausland: 1 Monat 2.00 T. Pfd., 3 Monate 5.00 T. Pfd., 6 Monate 8.00 T. Pfd., 12 Monate 15.00 T. Pfd. ...

Türkische Post

تاریخچه نشریه
آرشیف
دوره اول: شماره ۱ تا ۱۰۰
دوره دوم: شماره ۱۰۱ تا ۲۰۰
دوره سوم: شماره ۲۰۱ تا ۳۰۰
دوره چهارم: شماره ۳۰۱ تا ۴۰۰
دوره پنجم: شماره ۴۰۱ تا ۵۰۰
دوره ششم: شماره ۵۰۱ تا ۶۰۰
دوره هفتم: شماره ۶۰۱ تا ۷۰۰
دوره هشتم: شماره ۷۰۱ تا ۸۰۰
دوره نهم: شماره ۸۰۱ تا ۹۰۰
دوره دهم: شماره ۹۰۱ تا ۱۰۰۰

3. JAHRGANG NO. 49. Tagesszeitung für Serbien und Österreich. Konstantinopel, Sonnabend, 18. Febr. 1928.

Organ der Deutsch-Türkischen Vereinigung, Berlin, der Türkisch-Deutschen Handelskammer, Hauptsitz Frankfurt a. M. und der Deutschen Wirtschaftskammer für Oesterreich, Wien.

Tagesspiegel.

Die Frage der Reichstagsauflösung ist noch ungeklärt, doch ist eine sofortige Auflösung möglich. Die amerikanische Staatsflotte wurde teilweise verkauft. Der syrische Oberkommissar erliess eine Proklamation, in der er Syrien die volle Unabhängigkeit verhiess.

Der Prozess Ihsan Bey

Vernehmung Ibrahim Beys.

Im Verlauf des weiteren Zeugenverhörs in der Nachmittagsitzung am Donnerstag berichtet der Adjutant Nawres Bey über die Zusammenkunft zwischen Ihsan Bey und Adil Bey. Er berichtet, dass er die Akten, die beim Ministerium eingegangen, entgegengenommen und je nach dem sie privaten oder amtlichen Charakter trugen, an den Minister selbst oder an die Korrespondenzabteilung weitergeleitet habe. Der Präsident fragt den Zeugen, ob er Briefe gesehen habe, die von Ihsan Bey an den Minister selbst oder an die Korrespondenzabteilung weitergeleitet seien. Der Zeuge erwidert, dass in der Tat derartige Briefe eingegangen seien, die man im Privatbüro des Ministers oder im Korrespondenzbüro finden müsse. Nawres Bey sei dann mit Ihsan Bey in Konstantinopel gewesen, wo Ihsan Bey mit Nasim Bey Besprechungen gehabt hätte. Auf der Rückfahrt hätte Hakki Bey die Fahrt auf dem Sijddü mitgemacht und sei einige Tage mit Ihsan Bey gewesen. An den Besprechungen, die Ihsan Bey mit Hakki Bey damals hatte, habe niemand sonst teilgenommen. Am 9. Mai sei Ilhugor Hornemann mit Fuad Bey gekommen. Nawres Bey habe sie zum Minister geführt. Man habe damals auch nach Hüsamaddin Bey verlangt. Sonnabend habe Nawres Bey dem Marineminister zum Ministerpräsidenten begleitet. Der Unterredung leitet Pascha Ihsan Bey habe natürlich nicht beigewohnt. Ueber Adil Bey äussert sich der Zeuge, dass jener immer ein unzufriedenes Element gewesen sei, sich immer darüber beklagt habe, dass man ihm zu wenig Bedeutung zukommen lasse. Die darauf folgenden Gegenüberstellungen ergeben keine Änderungen der Aussagen. Nawres Bey stellt in Abrede, über weitere Angelegenheiten und Gerüchte unterrichtet gewesen zu sein.

Hierauf wird der Abgeordnete von Biletschik Ibrahim Bey verhört. Ibrahim Bey gibt an, während seines Berliner Aufenthaltes von Herrn Heissmann zum Mittagessen eingeladen worden zu sein, die Einladung aber nicht angenommen zu haben. Darauf sei Heissmann zu ihm gekommen und habe ihm vorgeschlagen, mit ihm zusammen einen Geschäft zu machen, was Ibrahim Bey abgelehnt habe. Heissmann sei dann von Berlin abgereist. 5 oder 6 Tage nach der Abfahrt Heissmanns sei ein gewisser Herr Hofmann bei ihm erschienen, der sich als Vertreter von Blohm & Voss vorstellte. Hofmann habe gesagt: „Wir haben den Jawus gebaut, helfen sie uns beim Dockgeschäft.“ Er habe weiter hinzugefügt, dass alles für die Wiederherstellung des Jawus bereit sei. Ibrahim Bey habe ihm erwidert, dass er weiter hier bleiben würde, und falls es sich um die Wiederherstellung des Jawus handeln würde, er ohne irgendein Entgelt die Firma Blohm & Voss unterstützen würde. Ibrahim Bey berichtet ferner, dass die Firma Flender damals fast in Konkurs gekommen sei und sie sich mit der Firma Blohm & Voss zusammengeschlossen habe. Die Delegierten der Flendergesellschaft, berichtet der Zeuge, hätten damals bedeutende Summen als Kommissionsbeträge ausgezahlt. Danach hätte Fikret Bey 55.000 L. Pf., Omer Nasim Bey ebenso viel und Ali Bey 2.000 engl. Pf. erhalten, obwohl man ihm 4.000 versprochen hatte. Ueber den Vertrag zwischen Ihsan, Nasim und Fikret Bey wüsste er nichts. Während einer Zusammenkunft mit Sabandschali Hakki Bey habe letzterer erklärt, dass es

zwei ungünstige Paragraphen für die St. Nazaire-Gesellschaft gäbe, die aber bei den letzten Veränderungen im Vertrage zu Gunsten der Gesellschaft verändert worden sind. Es seien dies die Paragraphen über die Versicherungs- und Spezialistenfrage. Ibrahim Bey bittet hierauf festzustellen, dass er sich niemals privat an Ihsan Bey gewandt habe, noch mit ihm über die Jawus- und Dockangelegenheiten gesprochen habe. Ihsan Bey erklärt Ibrahim Bey, für einen wahrheitsliebenden Kameraden.

Hierauf wird der Archivsekretär Kemal Bey verhört, der sich über die Radierungen bei den Registrierungen äussern sollte. Fachi Bey erklärt über eine derartige Ausbesserung bei der Eintragung in den Büchern seiner Sektion nicht unterrichtet gewesen zu sein. Er sei damals überhaupt Nedachati Bey Direktor in der Abteilung gewesen. Nedachati Bey berichtet, dass man ihm das Register gebracht hätte, worin er die Radierung gemerkt habe, und zwar in der Abteilung für Archive und Ausrüstung. Trotz der Radierung konnte man noch die Worte „Staatssekretär“ erkennen. Darum habe er auch diese Eintragung der Untersuchungskommission vorgelegt. Hüsamaddin sei der „Staatssekretär“ gewesen. Hüsamaddin erklärt hierauf, dass der Minister ihm den Brief an die Flendergesellschaft diktiert habe, den er hierauf an die Ausrüstungsabteilung weitergeleitet hätte, damit der Brief dort kopiert würde. Ein Vertreter der Flendergesellschaft habe dann später diesen Brief verlangt. Man habe ihm den Brief ausgefolgt. Er (Hüsamaddin Bey) hätte die Firma Flender nicht von der Existenz eines solchen Briefes benachrichtigt, es müsste dies zweifellos der Minister selbst gewesen sein. Ihsan Bey gibt an, dass er sich zwar nicht mehr erinnern könne, dies aber möglich sei. Die weiteren Zeugen berichten lediglich über die Art der administrativen Weiterleitung solcher Briefe und Hüsamaddin Bey erklärt, dass man solche Briefe gewöhnlich mit der Post absandt und die Radierungen auf die von ihm angeführten Gründe verwaltungstechnischer Natur zurückgingen.

Die Kuponfrage.

Schefik Bey überbringt ein endgültiges Projekt.

Der Abgeordnete von Trapezunt, Schefik Bey, Präsident der türkischen Delegation zur Lösung der Kuponfrage, ist gestern mit dem Simplon-Express in Konstantinopel eingetroffen. Er wurde am Bahnhof von zahlreichen Freunden, amtlichen Persönlichkeiten und Zeitungsleuten empfangen und erklärte sofort den Journalisten, dass die Kuponfrage beendet sei. Er berichtete ein endgültiges Projekt mit, das er der Regierung vorlegen würde. Er sei persönlich erschienen, um eventuell nötige Aufklärungen geben zu können. Er würde die Antwort der Regierung dann wieder in Paris vorlegen. Falls die Regierung das Projekt nicht genehmigte, müssten neue Verhandlungen beginnen. Da sich aber in diesem Projekt keine Paragraphen mehr befänden, gegen die sich seinerzeit die Regierung gewandt habe, glaube er, dass die Kuponfrage ummehr ihre endgültige Lösung erhalten habe. Das Ergebnis der Verhandlungen sei durchaus befriedigend. Die Kuponbesitzer verhandeln nur noch untereinander über die Frage des Verwaltungsgesetzes. Ueber die einzelnen Bedingungen des Projektes könne er sich jetzt noch nicht äussern, müsse aber wiederholen, dass sie durchaus befriedigend seien. Ob die Zahlungen in Gold oder Papierfranken erfolgen sollen, könnte er jetzt auch noch nicht sagen.

Der Reichstag vor der Auflösung?

Vorher Verabschiedung des Kriegsschadenschlussgesetzes.

Berlin, 17. Februar.

Das Reichskabinett einigte sich am Donnerstag über das Kriegsschadenschlussgesetz als prinzipielles Schlussgesetz. Eine mögliche weitgehende Entschädigung wurde auf einen späteren Zeitpunkt verschoben, wenn die Reparationsverpflichtungen Deutschlands neu geregelt werden sollten.

Das Reichskabinett setzte am Freitag die Besprechungen über das noch zu erledigende Notprogramm hauptsächlich über die Frage der Hilfe für die Landwirtschaft, wo grosse Gegensätze bestehen, fort. Alle Parteien stimmten prinzipiell der Ansicht zu, dass vor der Reichstagsauflösung die dringenden Aufgaben erledigt werden müssten. Die Sozialisten banden sich jedoch nur insofern, als sie verlangten, die Neuwahlen spätestens am 13. Mai stattfinden zu lassen. Wie bekannt wird, sollen gleichzeitig mit den Reichstagswahlen auch die Wahlen für den Preussischen Landtag stattfinden.

Trotz alledem ist die Lage noch immer unsicher und die Möglichkeit einer sofortigen Auflösung vorhanden.

Berlin, 17. Februar.

Der Reichstag beendete die zweite Lesung des Etats des Reichsarbeitsministeriums. Er lehnte ein kommunistisches Misstrauensvotum gegen den Reichsarbeitsminister, gegen die Stimmen der Antragsteller und der National-Sozialisten ab.

Die Stimmung unter den Abgeordneten über den Ausgang der Krise ist ausserordentlich pessimistisch. Der Reichstagspräsident ordnete auf alle Fälle die nötigen Massnahmen an, damit, falls die Auflösung nötig werden sollte, noch am Sonnabend ein Notetat verabschiedet werden kann. Der Reichstag wollte sonst am Freitag eine zehntägige Pause eintreten lassen.

Die Deutsche Volkspartei wendet sich in einer Entschliessung gegen die Auflösung des Reichstages vor Beendigung der Etatsberatungen.

Das Reichskabinett einigte sich über Massnahmen zur Linderung der Not der Landwirtschaft.

Berlin, 17. Februar.

Aus der Deutsch-Nationalen Volkspartei traten 3 Abgeordnete aus und gründeten eine Nationale Bauernpartei.

Das erste Eggertkonzert in Angora.

(Eigener Dienst der „Türkischen Post“)

Angora, 18. Febr.

Das erste Konzert von Prof. Eggert und der Geigerin Anne Maria Barnim, war ein künstlerisches und gesellschaftliches Ereignis allerersten Ranges. Der grosse Saal des „Türk Odachagi“ mit seinen stimmungsvollen Säulenreihen, gedämpft durch bunte Dekorationen, gab dem Kammermusikabend einen vornehmen Rahmen.

Unter den zahlreichen Zuhörern befanden sich der deutsche Botschafter und Frau Nadolny, der Wirtschaftminister Rachim Bey und Gemahlin, der Unterstaatssekretär Kemal Bey, der russische Botschafter Suritsch und Botschafter Potemkin von der russischen Botschaft mit ihren Damen, der Gesandte von Afghanistan Gulan Dschilani Bey mit Gemahlin, die Abgeordnete Husein Eschref Bey und Nisai Assim Bey, Legationssekretär Dr. Zoelch, Oberingenieur Dr. Schuritz und viele andere.

Die grosse Händelsche Sonate in D-dur für Klavier und Geige wurde meisterhaft gespielt und lebhaft applaudiert. An sie schloss sich ein feines und in wunderbarem Ton wiedergabe von Beethovens Mondscheinsonate durch Prof. Eggert. Von den folgenden Klavierstücken erliefen besonders das Chopin'sche Nocturno und die vier Etuden Chopin's wahr Beifallsstürme. Griegs Sonate in E-dur war von beiden Künstlern eine glanzvolle Leistung. Besonders gefiel auch die melodische „Berceuse“ von Godard und die übermütige Serenade von Drdla, die durch die schwierigen Doppelgriffe auf der Violine ein besonderes Können verlangt. Die Kreisler'sche Bearbeitung des zarten Andantino von Padre Martini und die graziöse Mazurka von Wieniawski wurden von Frau Barnim lieblich und tonschön gespielt und von Prof. Eggert feinfühlig begleitet. Der Beifall der Zuhörer wollte nicht enden und sie verlangten immer weitere Zugaben, unter denen die Rigolotto-Paraphrase von Liszt für Klavier solo besonders hervorzuhoben ist. Der Smyrnamarich von Kurt Striegler, vortragen von Klavier und Geige, wurde von der Versammlung stehend angehört und geradezu begeistert beklatscht.

Alles in Allem: ein Ehrentag deutscher Kunst.

Ali Risa Bey verhaftet.

Angora, 17. Febr.

Der Abgeordnete von Dschebel-i-Bereket, Ali Risa Bey, der wegen der Unregelmässigkeiten bei der Kasse der Grossen Nationalversammlung ausgeklagt worden ist, wurde heute morgen in seinem Hause in Ketschi Oren verhaftet und dem Gefängnis eingeliefert. Morgen wird das Strafgericht Angora in der Verhandlung des Prozesses über die Unregelmässigkeiten bei der Kasse der Grossen Nationalversammlung fortfahren.

Kjasi Pascha Abgeordneter.

Angora, 17. Febr.

Kjasi Pascha wurde einstimmig zum Abgeordneten von Diarbekir gewählt.

Der Gasi an die Jugend.

Angora, 17. Febr.

Der Teil der historischen Rede des Gasi in dem er sich an die Jugend wendet, soll auf Büttenpapier gedruckt in den Schulzimmern aufgehängt werden.

Aus Deutschland.

Die Reichseinnahmen.

Berlin, 17. Febr.

Die Reichseinnahmen betragen in den ersten 10 Monaten des Etatsjahres 7.345 Milliarden, sodass das Haushaltsoll von 7.750 Milliarden Mark fast schon erreicht ist.

Der deutsch-litauische Vertrag.

Berlin, 17. Febr.

Der in Berlin zwischen Straemann und Woldemaras abgeschlossene deutsch-litauische Schiedsvertrag, dessen Wortlaut veröffentlicht wird, unterscheidet sich nicht vom Schema der übrigen von Deutschland abgeschlossenen gleichen Verträge.

Die deutsche Delegation für die Sicherheitskonferenz.

Berlin, 17. Febr.

Die deutsche Delegation für die Sicherheitskonferenz ist heute nach Genf abgereist.

Eröffnung der dänischen Porzellanausstellung in Berlin.

Berlin, 17. Febr.

Gestern wurde im Berliner Kunstgewerbe-Museum durch den dänischen Gesandten Zahl in Gegenwart zahlreicher Vertreter deutscher Behörden, die dänische Porzellanausstellung eröffnet.

England zur U-Bootfrage.

London, 17. Febr.

Der Erste Lord der Admiralität, Bridgeman, erklärte bezüglich des amerikanischen Vorschlages über die Abschaffung der Unterseeboote, dass Grossbritannien mit einer Abschaffung sich wohl einverstanden erklären könnte, dass man aber auch den Standpunkt der schwächeren Nationen in Betracht ziehen müsse, die die Unterseeboote als ihre einzige Waffe ansehen.

Der Vorbereitende Abrüstungsausschuss einberufen.

Berlin, 17. Febr.

Der Vorbereitende Ausschuss der Abrüstungskonferenz des Völkerbundes ist für den 15. März nach Genf einberufen.

Wali Midhat Bey demissioniert.

Angora, 18. Febr.

Der Wali von Konstantinopel, Midhat Bey, hat demissioniert. Seine Demission wurde angenommen.

Wie vor selbst dazu erfahren, bestätigt sich obige Meldung der „Milliet“. Der Grund ist in Kompetenzstreitigkeiten zwischen dem Innenministerium und dem hiesigen Wilajet zu suchen, und zwar weil der Wali eine weitere Beschränkung seiner Kompetenz bezüglich der Konstantinopler Polizei abgelehnt hat.

Izzet Pascha.

Ein Beitrag zur Kriegsschuldfrage.

Ueber die Schuld am Weltkriege ist viel geschrieben worden und wird immer noch geschrieben, in Tageszeitungen, in Zeitschriften, in Broschüren und in Büchern. Es gibt auch heute wohl kaum einen Staatsmann in dem am Weltkrieg beteiligten grossen Hauptmächten der nicht seine Ansicht in dieser Frage bereits öffentlich kundgetan hätte. Man wird aber bei diesen Politikern das Urteil oder die Ansicht stets unter Berücksichtigung des Zweckes der Verlautbarung betrachten müssen. Anders ist es, wenn man die Ansicht von Angehörigen neutraler Staaten ansieht oder von Männern, die über diese Frage unbeeinflusst von nationalem Interesse geurteilt haben und daher ebenfalls als neutral angesprochen werden können.

Die Aufklärung der Weltöffentlichkeit über Gründe, Ursachen und Anlässe zum Ausbruch des grossen Krieges im Jahre 1914 liegt ganz besonders in unserem, im deutschen Interesse, da das ganze Vertragswerk von Versailles mit allen seinen Folgerungen auf dem Schuldparagraphen basiert, der Vertrag selbst also fallen müsste, wenn es gelingt, die Behauptung von Deutschlands Schuld ad absurdum zu führen. Erst in allerjüngster Zeit ist der Bericht bekannt geworden, den neutrale Gelehrte auf Grund ihrer Untersuchungen über die Kriegsschuldfrage im Auftrage der Universität Chikago angefertigt haben. Diese und viele andere Veröffentlichungen in den letzten Jahren haben dazu beigetragen, das Märchen von der Allianschuld Deutschlands am Weltkriege immer mehr als Märchen zu stempeln, und es gibt wohl heute in der ganzen Welt kaum einen ernstzunehmenden Politiker mehr, der dieses Märchen noch als Tatsache nimmt. Wohl aber gibt es viele, die diese Ansicht in der Öffentlichkeit nicht laut werden lassen.

Als ein weiterer Beitrag zur Aufklärung der Welt über die Kriegsschuldfrage, müssen auch die soeben im Verlage von K. F. Köhler, Leipzig in deutscher Sprache erschienenen Denkwürdigkeiten des Marschalls Izzet Pascha angesehen werden. So schreibt der Marschall am Schlusse seiner Betrachtung über die Vorgeschichte des Weltkrieges:

„Die einzige Grossmacht, der es ernstlich darauf ankam, den Krieg zu vermeiden, ist Deutschland. Um mein Urteil zu stützen, kann ich zunächst darauf hinweisen, dass es viele günstige Kriegsanlässe hat vorbegehen lassen, ja es sich auch die Kriegsgelagenheiten versagt hat, die in die Zeit der Schwäche Russlands nach der Niederlage durch Japan fallen. Ferner bezeugen sowohl die aufrichtigen Telegramme des Kaisers an den Kaiser von Japan, als auch die schon mitgeteilten — wenn auch später — Depeschen Bethmann-Hollwegs, wie deutlich und wie nachdrücklich Deutschland Österreich vormkriege gewarnt hat. Ebenso wenig besteht irgend ein Beweis oder Anzeichen dafür, dass die deutsche Politik in der Zeit vor dem Attentat von Sarajewo ein anderes Ziel gehabt habe, als das einer Verständigung sowohl mit Frankreich, wie mit England. Das Bündnis mit uns (der Türkei - Anmerk. d. Red.) wurde nur als Vorichtsmaßregel geschlossen, und zwar nach dem Ultimatum Österreichs. Es wurde am 2. August geschlossen, zu einem Zeitpunkt, wo keine Hoffnung mehr auf Erhaltung des Friedens bestand.“

Ich glaube, diese Tatsachen und Beweise genügen, um zu beweisen, dass Deutschland keine Kriegswillige war.“

Und an anderer Stelle:

Die Erklärungen, nach denen der Krieg in einem Kronrat in Potsdam beschlossen worden sein soll, so dem auch die österreichischen Heerführer beteiligt gewesen wären, und dass das Ultimatum in Berlin verfasst worden sei, sind reine Vermutungen, schon deswegen, weil der Erzherzog Friedrich und der Marschall Conrad von Hötzelendorf zur fraglichen Zeit gar nicht in Berlin gewesen sind.

Ganz einwandfreie Nachrichten bezogen, dass das österreichische Ultimatum in der Berliner Wilhelmstrasse nicht geringe Aufregung hervorgeufen hat, und ich besinne

Letzte Nachrichten

Proklamation des syrischen Oberkommissars.

Beirut, 17. Febr.

Der französische Oberkommissar erliess eine Proklamation, in der die Bildung einer neuen syrischen Regierung angekündigt und in der weiter gesagt wird, dass in Kürze Neuwahlen stattfinden werden und demnach auch die Einschränkungen verschiedener Freiheiten aufgehoben werden sollen, um eine völlige freie Aussprache zu gewährleisten. Die Nationalversammlung, die aus den Neuwahlen hervorgehen wird, soll eine neue Verfassung ausarbeiten, die Syrien die völlige Unabhängigkeit im Rahmen der internationalen Abmachungen und Vereinbarungen für Mandatsmächte gibt.

Die alte Koalition in Belgrad?

(Eigener Dienst der „Türkischen Post“)

Belgrad, 17. Febr.

Wukitschewitsch nahm den Vorschlag von Dawidowitsch an, die Verbündeten Parteien von Raditsch und Pribitschewitsch in die Koalition aufzunehmen. Raditsch und Pribitschewitsch lehnten jedoch die diesbezügliche an sie ergangene Aufforderung schroff ab.

Es wird aller Voraussicht nach diese radikal-demokratische Koalition mit fast denselben Persönlichkeiten zustande kommen, ausgehoben von Kumanudi, der das Präsidium der Stadt Belgrad beibehalten wird. Die demokratische Partei wird ihren Sekretär Wlaitsch in das Ministerium des Innern entsenden.

Amnestie in Litauen.

Kowno, 17. Febr.

Anlässlich des 10. Jahrestages der Unabhängigkeit Litauens, erliess der Staatspräsident Smetona eine umfangreiche Amnestie.